

Hansjürgen Koschwitz

Sozialismus und Presse

Zur Genesis totalitärer Publizistik

„Die verschiedenen Zweige der Journalistik, so die Zeitungen, die Zeitschriften, der Rundfunk und die Nachrichtenagenturen, sind allesamt ein Instrument des Klassenkampfes. Durch ihre Propaganda werden Denken, Fühlen und politische Richtung der Masse beeinflusst. Bei dem ernsten Kampf des Proletariats und der Bourgeoisie um die Führung in allen Positionen der Journalistik handelt es sich um einen Kampf auf Leben und Tod des Proletariats und der Bourgeoisie an der ideologischen Front.“¹

Jene aus jüngster rothinesischer Quelle stammende Begriffsbestimmung der Presse und der Journalistik erfaßt die wesentlichen Funktionen des gesamten kommunistischen Massenkommunikationswesens in der Gegenwart. Die Definition ist in gleichem Maß gültig für den Kommunismus sowjetischer wie asiatischer Prägung. Dem Journalismus ist es in diesen politischen Systemen ohne Einschränkung verwehrt, eine eigenständige Funktion auszuüben; er ist vielmehr von der herrschenden Partei zu einem Aktionsmittel umgeformt worden, um die ideologisch-politischen Ziele durchzusetzen. Die Presse steht damit voll und ganz im Dienst der Exekutive und hat – gemeinsam mit den übrigen Massenmedien – dazu beizutragen, die Macht der kommunistischen Partei zu konsolidieren und der Bevölkerung die Überzeugung von der Richtigkeit des eingeschlagenen politischen Kurses zu suggerieren. Selbst in den autoritären Regimen außerhalb der kommunistischen Ordnungssphäre hat sich die Presse, trotz Zensurmaßnahmen und oft willkürlicher Beschneidung der publizistischen Rechte, mitunter ein Reservat der Eigenständigkeit erhalten können² – im Gegensatz zu den anderen Sparten des Massenkommunikationswesens, die meist gänzlich unter die Kontrolle des Staates gerieten. Durch die privatwirtschaftliche Organisation der Presse in manchen westlich-totalitären Ländern war es teilweise möglich, einen wenn auch noch so schmalen Freiheitsraum abzusichern, aus dem obrigkeitliche Interventionen ferngehalten werden konnten³. Die Monopolisierung sämtlicher Produktionsmittel, damit auch

¹ Peking Rundschau Nr. 37 v. 17. 9. 1968; vgl. ferner: Pressespiegel, Blick nach drüben, Nr. 6 v. 1. 10. 1968, S. 11.

² Zur Propaganda und Meinungsbeeinflussung allgemein in totalitären Staaten vgl.: J. Friedrich, Totalitäre Diktatur (Stuttgart 1957) 103 ff.

³ Oft war dies lediglich im literarisch-künstlerischen Ressort zu erreichen. Doch gelang es versierten Publizisten dann leicht, eben von diesem Raum aus in getarnter Form Wege zu politischer Beeinflussung der Leserschaft zu finden. – Zum Problem der indirekten Meinungsbeeinflussung vgl.: Wilmont Haacke, Meinungsbildung durch Unterhaltung, in: Publizistik 6 (1961) H. 5/6, 338 ff.

der typographischen Anlagen und Unternehmen, erleichterte hingegen in kommunistischen Staatssystemen die Eliminierung aller denkbaren Quellen oppositioneller Publizistik. Hinzu kam eine radikale Neuinterpretation der Rolle des Journalisten.

Jene Abkehr von konventionellen Pressebegriffen bedeutet durchaus nicht, daß die sozialistische Staatspresse, gleichsam a priori, mit dem Makel minderer Effizienz behaftet sei. In einzelnen Ländern der östlichen Hemisphäre hat diese Funktionen zu erfüllen vermocht, wie sie die im Westen vorgetragene Idee von der öffentlichen Aufgabe der Presse nahegelegt⁴. Unleugbare Entartungserscheinungen in der Gegenwart sollten diesen Tatbestand nicht verdecken.

Die Funktion der Presse bei Marx

Befassen sich marxistische Theoretiker mit Problemen der Presse und der Pressefreiheit, so unterlassen sie es weitgehend, sich auf Marx selbst zu berufen. In der Tat hat Marx zwar eine Konzeption des revolutionären Umsturzes und die Theorie einer neuen Gesellschaftsform hinterlassen; er hat sich jedoch nicht explizit zu der Stellung und den Aufgaben der Kommunikationsmittel, d. h. für ihn noch ausschließlich der Presse, in dieser revolutionären Gesellschaft geäußert⁵. Lediglich in der Phase vor der Emigration, vor allem während seiner Tätigkeit als Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ 1842/43, ist Marx auf eine Funktionsbestimmung der Presse eingegangen. Es sind demnach allein die Frühschriften, die über Marx' Vorstellungen vom Wesen der Presse Aufschluß geben können.

Marx stand in der Tradition des Vormärz, wenn er in seinem in Köln erscheinenden Organ vehement jegliche staatliche Bevormundung der Presse angriff. Seine hier prononciert vorgebrachten Warnungen vor der Institution der Zensur sind geprägt von den Ideen des Liberalismus⁶. Während der absolutistische Staat des 18. Jahrhunderts der Presse nur äußerst widerwillig das Recht zu kommentierender Mitsprache, zum Raisonnement einräumte und besonders die Zeitung auf ihre Informationsaufgabe allein zu begrenzen trachtete, durchbrach der Liberalismus diese Schranken. Für ihn war Pressefreiheit vorrangig eine Freiheit vom Staat⁷. Dem Staat wurde die Befugnis bestritten, den öffentlich sich vollziehenden Prozeß der Meinungsbildung willkürlich zu eigenen Gunsten zu entscheiden. „Die Freiheit des Liberalismus ist die Eigengesetzlichkeit“⁸ –

⁴ Vgl. hierzu Willi Thiele, *Pressefreiheit. Theorie und Wirklichkeit* (Berlin 1964) 14 ff.; ferner Adolf Arndt, *Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie*, in: *Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie*, hrsg. v. Martin Löffler (München, Berlin 1966) 1 ff.

⁵ Vgl. Wilbur Schramm, *The Soviet Communist Theory of the Press*, in: Siebert-Peterson-Schramm, *Four Theories of the Press* (Urbana, Ill. 1963) 111.

⁶ Vgl. auch Harry Pross, *Moral der Massenmedien. Prolegomena zu einer Theorie der Publizistik* (Köln, Berlin 1967) 211.

⁷ Vgl. Franz Schneider, *Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848* (Neuwied, Berlin 1966) 230.

⁸ Schneider a. a. O. 229.

der Presse eine Funktion vorzuschreiben, ihr eine spezifische Aufgabe im Dienst staatlicher Exekutive zu diktieren, hieß, das als gültig anerkannte Postulat des Zeitgeistes mißachten. Joseph von Görres, Herausgeber der revolutionsfreundlichen Zeitschriften „Das rothe Blatt“ (1798) und „Rübezahl“ (1798–99), war als einer der prominentesten Fürsprecher einer als Reflektor der Volksmeinung und des Volkswillens fungierenden Presse hervorgetreten. Radikaler Subjektivismus und vorbehaltlose Öffentlichkeitsbezogenheit paarten sich bei ihm vor allem zu der Zeit, als er den „Rheinischen Merkur“ (1814–16) edierte. Doch weniger als spätere Publizisten erkannte er die Schwächen der liberalen Pressestruktur: die Abhängigkeit des Redakteurs von den Geldgebern des jeweiligen Organs. Hier war in der Tat ein Filter, der die als Ideal verkündete Funktion der Presse als Spiegel und Forum der Öffentlichkeit zu beeinträchtigen in der Lage war⁹.

Die „Debatten über die Pressefreiheit“ im Jahr 1842 gaben Marx zum ersten Mal Gelegenheit, die Rolle der Presse in seiner Epoche zu definieren. Wie stark Marx im Bann der liberalen Pressetradition stand, bezeugt der Wortlaut seiner Bestimmung einer freien Presse; er deklariert sie als „das überall offene Auge des Volksgeistes, das verkörperte Vertrauen eines Volkes zu sich selbst, das sprechende Band, das den Einzelnen mit dem Staat und der Welt verknüpft, die inkorporierte Kultur, welche die materiellen Kämpfe zu geistigen Kämpfen erklärt und ihre rohe stoffliche Gestalt idealisiert. Sie ist die rücksichtslose Beichte eines Volkes vor sich selbst.“¹⁰ Als Marx in seinem politischen Organ, der „Rheinischen Zeitung“, in der ersten Januar-Ausgabe von 1843 das für Preußen erlassene Verbot der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“ kommentierte, analysierte er die Gründe, die zu dem Kabinettsbeschluß geführt hatten. Ausgehend von der fehlenden Berechtigung des Verbots dieses Blattes durch die Staatsautorität, hielt er der obrigkeitlichen Zensur entgegen: „Die Presse ist nichts und soll nichts sein als das *laute*, freilich oft leidenschaftliche und im Ausdruck übertreibende und fehlgreifende tägliche Denken und Fühlen eines wirklich als Volk denkenden Volkes. Daher ist sie wie das Leben, immer werdend, nie fertig. Sie steht im Volke und fühlt all sein Hoffen und sein Fürchten, sein Lieben und sein Hassen, seine Freuden und seine Leiden ehrlich mit. Was sie hoffend und fürchtend erlauscht, verkündet sie laut und urteilt darüber heftig, leidenschaftlich, einseitig, wie ihr Gemüt und Gedanken im Augenblicke bewegt sind. Das Irrige in Tatsachen und Urteilen, was sie heute brachte, wird sie morgen widerlegen. Sie ist die eigentliche naturwüchsige Politik, die ihre Gegner ja sonst zu lieben pflegen.“¹¹

Unstreitig war Marx in jener Phase ein erklärter Gegner einer Pressepolitik, die darauf abzielte, Zeitungs- und Zeitschriftenorganen eine vom Staat festgelegte Funktion zu oktroyieren. Er betrachtete die Presse als eine eigenständige Macht neben, ja unab-

⁹ Vgl. Georg Franz, *Liberalismus* (München 1955) 176.

¹⁰ Rheinische Zeitung Nr. 135 v. 15. Mai 1842. Zitiert nach: Karl Marx – Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 1 (Berlin 1961) 60.

¹¹ Rheinische Zeitung Nr. 1 v. 1. 1. 1843. Zitiert nach Marx/Engels, *Werke*, 153 (Hervorgehobene Worte erscheinen im Original kursiv).

hängig von der Exekutive. An keiner Stelle gab er einen Hinweis, daß diese Definition nach einer revolutionären Änderung der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse einer Neuinterpretation bedürfe. Marx sah die Presse als einen sich eigenständig entwickelnden Organismus. In der „Rheinischen Zeitung“ vom 4. Januar 1843 hat er den wesentlichen Leitgedanken seiner Presstheorie formuliert: „... damit die Presse ihre Bestimmung erreiche, ist es vor allem notwendig, ihr keine Bestimmung von außen vorzuschreiben und ihr jene Anerkennung zu gewähren, die man selbst der Pflanze zu gewähren gewohnt ist, die Anerkennung ihrer *innern* Gesetze, denen sie nicht nach Willkür sich entziehen darf und kann.“¹²

Dies mag als Kern der Marxschen Konzeption gelten. Es ist unwahrscheinlich, daß der Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ und der jegliche Zensur verdammende Publizist Marx der Presse das Recht auf eine solche Eigenständigkeit entzogen hätte, wäre er später zur präzisen Fixierung eines Funktionsprogramms des nachrevolutionären Staatsapparats gelangt, anstatt sich in der Konstruktion theoretischer Denkmodelle zu erschöpfen.

In dem ersten Prozeßbericht über die am 7. Februar 1849 vor dem Kölner Geschworenengericht stattfindende Verhandlung gegen die „Neue Rheinische Zeitung“, deren Chefredakteur Karl Marx nach der Rückkehr aus der französischen Emigration geworden war¹³, proklamierte es Marx als erste Pflicht der Presse, „alle Grundlagen des bestehenden politischen Zustandes zu unterwühlen“. Diese Forderung ist eine offenkundige Reaktion auf den Mißerfolg der Revolution des Vorjahres, an dem die Presse mitschuldig gesprochen wurde. In jenem Ausspruch deutet sich eine Neuformulierung der Aufgabe der periodischen Presse an¹⁴; sie solle demnach nicht mehr nur die in der Öffentlichkeit latent vorhandenen Strömungen aufnehmen und reflektieren, sondern darüber hinaus eine organisatorische Funktion erfüllen: als Medium der Aktivierung revolutionärer Kräfte, als Mittel der politischen Aktion. Die von Marx geleitete „Neue Rheinische Zeitung“ war der Prototyp eines solchen Organs. Sie verfocht einen sozialrevolutionären, republikanischen Standpunkt und diente als politisches und organisatorisches Zentrum der äußersten Linken. Als in der Redaktion dieses Blattes über die Tätigkeit des 1847 entstandenen „Bundes der Kommunisten“ debattiert wurde, stellten sich Marx und sein Co-Redakteur Engels auf den Standpunkt, daß der Bund nur allgemeine Richtlinien vermitteln solle, daß die Zeitung selbst für die Realisierung des entworfenen politischen Kurses weit unentbehrlicher wäre¹⁵. Marx und Engels hatten mit der „Neuen Rheinischen Zeitung“ das Vorbild für eine sozialistische Kampfpresse ge-

¹² Zitiert nach: Marx/Engels, Werke, Bd. 1, 155.

¹³ Diese Tageszeitung erschien zum erstenmal am 1. Juni 1848. Mitarbeiter war u. a. Friedrich Engels. Am 19. Mai 1849 mußte sie ihr Erscheinen einstellen. Der erste Prozeßbericht wurde in der Ausgabe vom 14. Februar 1849, Nr. 221, abgedruckt.

¹⁴ Vgl. hierzu auch Paul Roth, Die Funktion der Presse in der Sowjetunion, in dieser Zschr. 176 (1965) 297.

¹⁵ Vgl. Kurt Koszyk, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert (Berlin 1966) 116 f.

schaffen, ohne jedoch – zumindest *expressis verbis* – die noch von der liberalen Tradition des Vormärz geprägte Interpretation der Presse, wie sie von ihm in den Debatten über die Pressefreiheit aus dem Jahr 1842 mit Nachdruck vertreten worden war, zu widerrufen: „Das Wesen der freien Presse ist das charaktervolle, vernünftige sittliche Wesen der Freiheit. Der Charakter der zensierten Presse ist das charakterlose Unwesen der Unfreiheit, sie ist ein zivilisiertes Ungeheuer, eine parfümierte Mißgeburt.“¹⁶

Nicht allein durch die Entwicklung der Presse zu parteilicher, kämpferisch-agitatorischer Publizistik als Instrument einer politischen Fraktion hatte sich bei Marx die Abkehr von der liberalen Konzeption angedeutet. Ebenso deutlich brach er mit der Tradition, als er in den Debatten über die Preßfreiheit die Idee von der Presse als einer kommerziell organisierten Institution vehement verwarf: „Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein. Dem Schriftsteller, der sie zum materiellen Mittel herabsetzt, gebührt als Strafe dieser inneren Unfreiheit die äußere, die Zensur, oder vielmehr ist schon seine Existenz seine Strafe.“¹⁷

Marx umging jedoch tunlichst eine präzise Auseinandersetzung mit dem Problem der ökonomischen Struktur der Presse im Verhältnis zu ihrer öffentlichen Aufgabe. Auch später gab er keinerlei Hinweise auf die Möglichkeiten einer Lösung dieser bereits im 19. Jahrhundert entscheidenden Grundfrage. Unstreitig zeigt sich auch hier die Schwäche der Marxschen Argumentationsweise: er diskriminiert den negativen Tatbestand, setzt demgegenüber ideale Maßstäbe, verrät jedoch keine konkreten Anhaltspunkte zur Verwirklichung seiner theoretisch erarbeiteten Konzeption. Sein allzu einseitig „in Affirmation und Negation befangenes Denken“¹⁸ hindert ihn daran, für die nachrevolutionäre Epoche, besonders im Bereich des Pressewesens, realisierbare Modelle zu erarbeiten, anhand derer die als ideal postulierten Maßstäbe mit den Konditionen des gesellschaftlichen Wandels versöhnt werden können. Der Begriff Pressefreiheit im revolutionierten Staat bleibt im Dunkeln.

Die Kritik Ferdinand Lassalles an der zeitgenössischen Presse

Daß sozialistische Theoretiker der gleichen Gefahr nicht immer erlegen sind, ist belegbar am Beispiel Ferdinand Lassalles. Auch er zog in radikaler Agitation gegen die Kommerzialisierung der liberalen Presse zu Felde. In seiner im September 1863 im Rheinland gehaltenen Rede: „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag (Drei Symptome des öffentlichen Geistes)“ polemisierte er gegen den Zustand speziell der Tageszeitungen: „Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volksthum, das ist heutzutage die Presse! Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der

¹⁶ Rheinische Zeitung Nr. 132 v. 12. 5. 1842; zitiert nach: Marx/Engels, Werke, Bd. 1, 54.

¹⁷ Rheinische Zeitung Nr. 139 v. 19. 5. 1842; zitiert nach: Marx/Engels, Werke, Bd. 1, 71.

¹⁸ Friedrich Lenz, Staat und Marxismus. Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre (Stuttgart, Berlin 1921) 125.

gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Tugendhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unsittlichkeit werden von nichts anderem überboten, als vielleicht von ihrer Unwissenheit.“¹⁹

Lassalle versucht die Gründe aufzuzeigen, die den Verfall der Presse herbeigeführt hatten, und entdeckt den Hauptherd dieses Niedergangs in der Entwicklung der Presse zu einer ergiebigen Quelle industrieller Kapital-Anlagen und monetärer Spekulationen: „... einst war sie wirklich der Vorkämpfer für die geistigen Interessen in Politik, Kunst und Wissenschaft, der Bildner, Lehrer und geistige Erzieher des großen Publikums. Sie stritt für Ideen und suchte zu diesen die große Masse empor zu heben. Allmählich aber begann die Gewohnheit der bezahlten Anzeigen, der sogenannten Annoncen oder Insetrate, die lange gar keinen, dann einen sehr beschränkten Raum auf der letzten Seite der Zeitungen gefunden hatten, eine tiefe Umwandlung in dem Wesen derselben hervorzubringen... Von Stund' an wurde eine Zeitung eine äußerst lukrative Spekulation für einen kapitalbegabten oder auch für einen kapital-hungrigen Verleger.“²⁰ Nun galt es nicht mehr, für eine große Idee zu streiten, so tadelte Lassalle, sondern es ging darum, solchen Meinungen zu huldigen, welche der größten Zahl von Abonnenten am genehmsten dünkten. Der Kampf für neue Ideen und für das öffentliche Wohl war nunmehr lediglich äußerer Schein, ja heuchlerische Tarnung. Hatte Marx einst die Institution der Zensur für die Degradierung der Presse verantwortlich gemacht, so sah Lassalle zwei Jahrzehnte später die ökonomische Struktur des Pressewesens als Hauptursache für die Bedrohung vor allem der inneren Pressefreiheit an. Nicht äußerer Zwang, sondern die freiwillige Verleugnung der eigengesetzlichen Bestimmung der Presse als Medium politischer und kultureller Aufklärung – das war in Lassalles Augen der Ursprung des Verfalls.

Lassalle begnügte sich nicht mit zersetzender Kritik und der Erinnerung an die Verpflichtung der Tradition. Er formulierte ein konkretes Konzept, demzufolge die Presse in einem sozialistischen Staat umzuwandeln war. Er forderte 1. absolute Pressefreiheit; 2. Aufhebung der Kauttionen für Zeitungen, da diese Maßnahme die Gründung neuer Presseorgane im wesentlichen nur der besitzenden Schicht ermöglichte; 3. Abschaffung der Stempelsteuer, da diese die gleiche negative Wirkung wie die Kauttion hatte; 4. das Verbot des Inseratenwesens. Anzeigen sollten ausschließlich den vom Staat oder den Kommunen publizierten Amtsblättern vorbehalten bleiben. Durch ähnliche Maßnahmen erhoffte sich Lassalle eine durchgreifende Beseitigung der Mißstände in einer neuen Gesellschaft: „Von Stund' an hört der Zeitungsschreiber von Metier auf und an seine Stelle tritt der Zeitungsschreiber von Beruf!“

Lassalles Thesen galten in den Kreisen der sozialdemokratischen Linken eine Zeitlang als richtungsweisend²¹. Aber auch er vermochte es nicht, den Begriff der Pressefreiheit im sozialistischen Staat verbindlich festzulegen. Diese Unklarheiten, vor allem das Aus-

¹⁹ Ferdinand Lassalle's Reden und Schriften (Berlin 1893) 636.

²⁰ Ebd. 643.

²¹ Zu Lassalle vgl. insbesondere Koszyk a. a. O. 268 f.

weichen vor der Beantwortung der entscheidenden Frage nach dem rechten Verhältnis von ökonomischer Pressestruktur und ideologisch-publizistischer Aufgabenstellung, blieben für das folgende Jahrhundert als ein vordringlich zu lösendes Problem bestehen. Die sozialistischen Theoretiker des 19. Jahrhunderts gingen damit aber auch einem unzweideutigen Bekenntnis zur Möglichkeit des legalen Meinungspluralismus in der nachrevolutionären Gesellschaft aus dem Weg.

Die Erkenntnis jedoch, daß die Presse das dienlichste Instrument zur Weckung der Massen war, hatte sich – insbesondere dank des Beispiels der „Neuen Rheinischen Zeitung“ von Marx – bei allen sozialistischen Publizisten durchgesetzt. So hieß es in der Resolution des Hallenser Parteitags der Sozialdemokraten im Jahr 1890 eingangs, daß „die Presse das beste und wirksamste Agitations- und Kampfmittel ist“²².

Man hatte darüber hinaus gelernt, zwischen den Funktionen von Tagespresse und Zeitschrift (Journal, Revue) fein zu differenzieren. Als sich Marx nach dem Verbot seines Kölner Organs im Jahr 1849 in London ein Jahr später zur Herausgabe des Blattes in Form einer „Politisch-ökonomischen Revue“ entschloß, erschien in der „Westdeutschen Zeitung“ vom 9. Januar 1850 (Nr. 7) eine Ankündigung der neuen Publikation. In dieser Notiz wurde auf die Unterschiede zwischen den beiden Kommunikationsmitteln hingewiesen: „Das größte Interesse einer Zeitung, ihr tägliches Eingreifen in die Bewegung und unmittelbares Sprechen aus der Bewegung heraus, die Widerspiegelung der Tagesgeschichte in ihrer ganzen Fülle, die fortlaufende leidenschaftliche Wechselwirkung zwischen dem Volke und der Tagespresse des Volkes, – dies Interesse geht notwendig bei einer Revue verloren. Die Revue gewährt dagegen den Vorteil, die Ereignisse in größeren Umrissen zu fassen und nur bei dem Wichtigeren verweilen zu müssen. Sie gestattet ein ausführliches und wissenschaftliches Eingehen auf die *ökonomischen* Verhältnisse, welche die Grundlage der ganzen politischen Bewegung bilden.“²³

Das Fehlen einer klaren Begriffsbestimmung der Presse im frühen Sozialismus

Auch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, als das Pressewesen in weit stärkerem Maß als im 19. Jahrhundert zu einem viel beachteten Gegenstand wissenschaftlicher Analyse wurde, fehlt es auffälligerweise an exakten Funktionsbestimmungen der Presse aus sozialistischem Mund. Fragen der Wirtschaftsorganisation standen im Vordergrund des wissenschaftlichen wie praktischen Interesses. Das Problem der Pressefreiheit – unstreitig das essentielle Kriterium für den Grad der Demokratisierung in jeder Gesellschaftsform – wurde von den meisten Theoretikern lediglich am Rand gestreift. In seiner Schrift über „Die soziale Revolution“ äußerte sich Karl Kautsky in dem Abschnitt „Die Expropriation der Expropriateure“ lakonisch zu den Aufgaben

²² Vgl. ebd. 202.

²³ Marx/Engels, Werke, Bd. 7, 5. Zu dem Problem der Abgrenzung zwischen Zeitschrift und Zeitung vgl. insbesondere Wilmont Haacke, *Erscheinung und Begriff der politischen Zeitschrift* (Tübingen 1968) (= Recht und Staat H. 355); ders., *Die politische Zeitschrift 1665–1965*, Bd. 1 (Stuttgart 1968) 20 ff.

des Proletariats und der Revolution: „Zunächst ist es selbstverständlich, daß es nachholen wird, was die Bourgeoisie versäumt hat. Es wird alle Reste des Feudalismus wegfegen und das demokratische Programm, welches auch die Bourgeoisie einmal vertreten hat, zur Wahrheit machen. Als unterste aller Klassen ist es auch die demokratischste aller Klassen. Es wird das allgemeine Wahlrecht zu allen Körperschaften einführen, die volle Preß- und Vereinsfreiheit verleihen.“²⁴

Den demokratischen Sozialisten mochte das Problem der Gewährung der Presse- und Publikationsfreiheiten nicht als allzu dringlich oder kontrovers scheinen: ihnen widerstrebten im Prinzip jegliche Einschränkungen solcher Grundgesetze. Hingegen bezog der radikale Flügel der damaligen Linken konsequent Position gegen die Möglichkeit, im nachrevolutionären Staat allen gesellschaftlich-politischen Kräften ohne Vorbehalt und grundsätzlich die gleichen Rechte zuzugestehen, also auch den Repräsentanten der ausgedienten Bourgeoisie. Daß die Vertreter des Sozialismus insgesamt keine überzeugende Antwort fanden, erleichterte den Gegnern der Linken und den Anti-Marxisten alle Versuche, den Gedanken der Irrealität einer sozialistischen Ordnung zu propagieren. Die Unklarheiten und evidenten Widersprüchlichkeiten in der Festlegung des Begriffs Pressefreiheit im sozialistischen Staat lieferten fraglos hinreichend Anhaltspunkte für die Annahme, daß eine radikale Durchführung des sozialistischen Programms den als Ideale präsentierten Zielsetzungen zuwiderlaufen würde. „Alle Arbeitsmittel sind ausschließliches Eigentum der Gesamtheit, also auch die Druckereien öffentliche Anstalten. Die Gesamtheit muß das Material und das Arbeitspersonal stellen; ihr liegt es ob, zu entscheiden, was gedruckt werden und was in den Papierkorb wandern soll. Da hängt es also vollständig von der Mehrheit eines Ausschusses oder des Volkes selbst ab, ob eine schriftstellerische Arbeit, ob groß, ob klein, das Licht der Welt erblicken soll oder nicht. Die Sozialisten rühmen sich zwar dessen; namentlich Bebel meint, viel ‚Schund‘ würde dann nicht gedruckt werden, der heute den Büchermarkt überschwemmt . . . Übrigens ist es nicht so zweifellos, ob nicht doch manches gedruckt würde, was dieses Namens würdig wäre. Denn es fragt sich, was man unter ‚Schund‘ zu verstehen habe. Die eine Partei sieht manchmal etwas als wertlos an, was eine andere sehr schätzbar findet und eine dritte vielleicht sogar bewundert, und umgekehrt . . . Setzen wir den Fall, ein Bürger des Zukunftsstaates habe sich überzeugt, die sozialistische Gesellschaftsordnung sei nicht nur höchst ungerecht, sondern geradezu unsinnig, und er habe seine Gedanken in einem wissenschaftlichen Werke und in mehreren volkstümlichen Schriften niedergelegt. Oder nehmen wir an, ein anderer habe in einer Flugschrift bewiesen, daß im Sozialistenstaat zuviel Personenkult getrieben werde, daß mehrere Genossen nach der Diktatur streben. Was werden die sozialistischen Zensoren dazu sagen?“²⁵

²⁴ Karl Kautsky, *Die soziale Revolution* (Berlin³ 1911) 69. – Zu Kautsky vgl. ferner Ludwig Kantorowicz, *Die sozialdemokratische Presse Deutschlands. Eine soziologische Untersuchung* (Tübingen 1922) 10.

²⁵ Viktor Cathrein, *Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit* (Freiburg¹⁴⁻¹⁶ 1923) 306 f. (Kap. Pressefreiheit und dgl. im Sozialismus 306–308).

Eine verbindliche Entscheidung der Frage, wie im revolutionären Staat der Begriff der Pressefreiheit zu interpretieren sei, war letztlich erst dann zu erwarten, als sich die Chance bot, die in den Programmen und in der Theorie des Sozialismus verkündeten politisch-ökonomischen Leitbilder in einer neuen Gesellschaftsordnung in die Realität umzusetzen. Vor diesem geschichtlichen Wendepunkt hatte man es vermieden, sich auf eine klare Position festzulegen. Die Lösung der Frage wurde in der Schwebe gelassen, sicherlich auch in dem Bewußtsein, daß aus den Bedingungen der veränderten politisch-gesellschaftlichen Situation heraus eine Neuformulierung oder Umwertung des Begriffs in seinem überkommenen, traditionsgeprägten Inhalt unvermeidlich erwachsen würde: „Die Arbeiterklasse . . . hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen . . . Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.“²⁶

Die Formulierung der sozialistischen Pressetheorie durch Lenin

Lenin hatte in seinen theoretischen Schriften – im Gegensatz beispielsweise zu Kautsky – die These verfochten, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse ohne Vernichtung des von der herrschenden Gesellschaftsklasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt unmöglich wäre²⁷. Zu den Grundfesten der kapitalistischen Ordnung zählte Lenin die Presse. Während es nach der Oktoberrevolution im kulturellen und ökonomischen Bereich Jahre des Übergangs gab, in denen die Kräfte des traditionellen Systems nur allmählich verdrängt wurden, ist auf dem Sektor des Pressewesens bereits im Anfang des Sowjetstaats eine radikale Umwälzung eingetreten.

Kennzeichnend für Lenins Haltung zur Frage der Pressefreiheit ist ein am 5. August 1921 an G. Mjasnikov gerichteter Brief, in dem Lenin gegen die Forderung Mjasnikovs polemisiert, die Freiheit der Presse und der Kritik allen zu gewähren²⁸.

Pressefreiheit als Idee ließ Lenin in historischer Sicht gelten: „Die Losung der Pressefreiheit war vom Ausgang des Mittelalters an bis zum 19. Jahrhundert eine welthistorisch große Losung. Warum? Weil in ihr die progressive Bourgeoisie, d. h. deren Kampf gegen die Pfaffen und die Könige, gegen die Feudalherren und die Gutsbesitzer zum Ausdruck kam. Es gibt auf der Welt kein einziges Land, das so viel für die Befreiung der Massen vom Einfluß der *Pfaffen* und der *Gutsbesitzer* getan hätte und tun würde wie die RSFSR. Diese Aufgabe der Pressefreiheit haben wir gelöst und lösen sie *besser als irgendjemand* in der Welt.“²⁹

²⁶ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich: Marx/Engels, Werke, Bd. 17, 343.

²⁷ Vgl. u. a. die 1917 verfaßte Arbeit über: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. In: W. J. Lenin, Werke, Bd. 25 (Berlin-Ost 1960) bes. 400.

²⁸ Abgedruckt in: Lenin über die Presse (Berlin, Leipzig 1960) 445 ff.

²⁹ A. a. O. 445.

Lenins Auffassung orientierte sich einseitig an einem negativen Zerrbild der bürgerlichen Presse. Er nahm unleugbare Mißstände im Pressewesen westlicher Länder als Modell für eine Gesamtanalyse. „Pressefreiheit bedeutet in der ganzen Welt, wo es Kapitalisten gibt, die Freiheit, Zeitungen zu kaufen, Schriftsteller zu kaufen, die ‚öffentliche Meinung‘ im Interesse der Bourgeoisie zu bestechen, zu kaufen und zu fabrizieren.“³⁰ Wollte man in dem nachrevolutionären Rußland Pressefreiheit gewähren, so hieße das in Lenins Augen, der Bourgeoisie ebenso wie den Gegnern der Bolschewisten die Gelegenheit geben, propagandistisch den Kampf gegen die revolutionären Kräfte zu organisieren. Nur der herrschenden Partei wurde das Recht zugestanden, die Meinungs- und Bewußtseinsindustrie zu monopolisieren. Den Einwand, daß Pressefreiheit in einem sozialistischen Staat dazu dienen könnte, Mißbräuche aufzudecken, verwarf Lenin: „Pressefreiheit würde die Macht der Weltbourgeoisie stärken. Das ist eine Tatsache. Nicht der Säuberung der *Kommunistischen Partei* in Rußland von einer Reihe ihrer Schwächen, Fehler, Übelstände, Krankheiten (es gibt zweifellos einen Haufen von Krankheiten) wird die Pressefreiheit dienen. Denn das will die Weltbourgeoisie nicht. Die Pressefreiheit wird vielmehr zu einer Waffe in den Händen *dieser* Weltbourgeoisie.“³¹ Nachdrücklich warnte Lenin vor der „Freiheit“ der bürgerlichen Kräfte, sich mittels Zeitungen Zentren der politischen Organisation zu schaffen. Die Übelstände seien einzig durch proletarische und parteigemäße Maßnahmen heilbar.

In dem Entwurf einer Resolution über die Pressefreiheit, den Lenin am 4. November 1917 geschrieben hatte, der jedoch erst am 7. November 1932 in der „Pravda“ (Nr. 309) publiziert worden war, sind jene Ansichten bereits vorweggenommen. Ergänzend zur eindeutigen Abgrenzung von der bourgeoisen Idee der Pressefreiheit definierte Lenin hier: „Die Arbeiter- und Bauernregierung versteht unter Pressefreiheit, daß die Presse vom Joch des Kapitals befreit wird, daß die Papierfabrikanten und Druckereien in den Besitz des Staates übergehen und daß jeder Gruppe von Bürgern, die zahlenmäßig eine gewisse Stärke (z. B. 10 000) erreicht haben, gleiches Recht auf Nutzung eines entsprechenden Anteils an den Papiervorräten und einer entsprechenden Menge typographischer Arbeit gewährt wird.“³²

Darüber hinaus hat Lenin die sozialistische Pressefreiheit auch als Idee theoretisch mehrfach begründet, so etwa in dem Organ „Rabočij Put“ in der Ausgabe vom 28. September 1917: „Pressefreiheit bedeutet, daß alle Meinungen *aller* Staatsbürger frei verbreitet werden können.“³³

Die Realisierung eines solchen Konzepts mußte naturgemäß für die weitere Entwicklung des Sowjetregimes illusorisch bleiben, da oppositionelle Gruppen auch auf

³⁰ A. a. O. 446. Vgl. ferner den von Lenin für die Zeitschrift „Rabočij Put“ v. 28. 9. 1917 verfaßten Aufsatz: Wie ist der Erfolg der Konstituierenden Versammlung zu sichern? (Über die Pressefreiheit); abgedruckt in: Lenin über die Presse, 401 ff.

³¹ A. a. O. 446 f.

³² Lenin über die Presse 414.

³³ Vgl. ebd. 404.

dem Flügel der politischen Linken nicht geduldet wurden. Ungeachtet der Leninschen Definition blieb es bald allein der herrschenden Parteifraktion vorbehalten, die Presse- und Publikationsorgane zu kontrollieren und damit die Meinung der sowjetischen Öffentlichkeit in ihrem Sinn zu beeinflussen. Parteiwidrige Ansichten wurden als unstatthaft, als den Zielen der Konterrevolution dienend verworfen. Nach Lenins Formulierung der Pressetheorie ist die Presse selbst stets Instrument der Auseinandersetzung zwischen herrschenden und unterdrückten Klassen. Im Stadium des vorrevolutionären Klassenkampfes muß sie vor allem dem Proletariat und seinen Wortführern als Aktionsmittel zur Unterminierung der (gesellschaftlichen und) wirtschaftlichen Struktur der existierenden Staatsordnung, der Basis, dienen. Diese Funktion hatte Marx auch in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ als wesentlich herausgestellt³⁴. In der nachrevolutionären Phase hingegen hat die Presse in ihrer Rolle als aktiver Faktor des ideologischen Überbaus dabei zu helfen, die neugeschaffene ökonomische Grundlage zu konsolidieren³⁵. Hinsichtlich der erstgenannten Funktionsbestimmung ist in der sozialistischen Presstheorie eindeutig Kontinuität gewahrt worden. Von der zweiten ist dies nicht in gleicher Weise explizit aus Marx herzuleiten. Hier hat Marx keinerlei verbindliche Aussagen hinterlassen.

Von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung und Lenkung des Pressewesens in Sowjetrußland nach 1918 war nicht zuletzt die durch Lenin erfolgte Umwertung des Staatsbegriffs. Hatte sich Lenin, besonders in seiner Schrift über „Staat und Revolution“, als ein Verfolger des Staatsgedankens bekannt, so ist er nach der Revolution zum Vorkämpfer seines eigenen Staates geworden³⁶. Zur Festigung seiner Staatsgewalt und des neuen Staatsapparats waren adäquate Kontrollinstanzen unerlässlich. Als eine dieser Instanzen hatte nunmehr die Presse, speziell die Tageszeitung, zu gelten.

Ebenso, wie die meisten der Leninschen Organisationsformen nicht erst nach dem erfolgreichen Umsturz geschaffen werden mußten, sondern aus den langen Erfahrungen des illegalen Kampfes erwachsen waren³⁷, ist die Funktion der Presse als Instrument des Klassenkampfes bereits in der Frühzeit der revolutionären Bewegung fixiert worden. In einem im Mai 1901 in der ersten gesamtrussischen marxistischen Zeitung, der „Iskra“ (Nr. 4), publizierten Artikel des Titels: Womit beginnen? hatte Lenin das Programm eines solchen sozialistischen Organs umrissen: „Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und Gewinnung politischer Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Or-

³⁴ Zur Rolle der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in der sozialistischen Pressegeschichte vgl. auch: Friedrich Engels, Marx und die „Neue Rheinische Zeitung“, erschienen im Züricher „Sozialdemokrat“ Nr. 11 v. 13. 3. 1884.

³⁵ Vgl. E. M. Hermann, Zur Theorie und Praxis der Presse in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Berichte und Dokumente (Berlin 1963) 17.

³⁶ Vgl. Lenz a. a. O. 151.

³⁷ Willy Strzelewicz, Die russische Revolution und der Sozialismus (Berlin, Hannover 1956) 36 f.

ganisator . . . Mit Hilfe der Zeitung und im Zusammenhang mit ihr wird sich ganz von selbst eine beständige Organisation herausbilden, die sich nicht nur mit örtlicher, sondern auch mit regelmäßiger allgemeiner Arbeit befaßt, die ihre Mitglieder daran gewöhnt, die politischen Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, deren Bedeutung und Einfluß auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten richtig zu bewerten und zweckmäßige Methoden herauszuarbeiten, durch die die revolutionäre Partei auf diese Ereignisse einwirken kann.“³⁸ Als Stalin am 5. Mai 1922 in der „Pravda“ (Nr. 98) des 10. Jahrestags der maßgeblichen Parteizeitung gedachte, würdigte er ihre Leistung für die Sache des Kommunismus: „Sie war nicht bloß eine Zeitung, die die Erfolge der Bolschewiki bei der Eroberung der legalen Arbeiterorganisationen zusammenfassend beleuchtete – sie war zugleich auch das organisierende Zentrum, das diese Organisationen um die illegalen Stützpunkte der Partei zusammenschloß und die Arbeiterbewegung auf ein bestimmtes Ziel hinlenkte.“³⁹ Die Presse war aus ihrer einstigen Tradition als Reflektorin des die Öffentlichkeit bewegenden Denkens und Fühlens zu einem Werkzeug der Exekutive umgewandelt worden. Statt Seismograph des Volkswillens zu sein, diente sie nun als Erfüllungsgehilfin der an die Macht gelangten revolutionären Partei. Stalin bekräftigte im Jahr 1923 in einem Pravdaartikel insbesondere die von Lenin propagierte Funktion der Presse als kollektiver Organisator: „Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß die Ausführungen des Genossen Lenin voll und ganz auf unsere heutige Situation in Partei und Staatsaufbau zutreffen.“⁴⁰ Ausdrücklich ficht er hierin die These an, daß sich die Aufgabe der periodischen Presse in der agitatorischen, enthüllenden Rolle allein erschöpfen dürfe.

Das Wesen der sozialistischen Presse als ein wirksames Mittel zur Durchsetzung der politischen Linie der Exekutive ist als Prinzip stets unangetastet geblieben. Dieses Leitbild hatte auch volle Gültigkeit für den Aufbau der chinesischen Presse nach 1949⁴¹. Historisch gesehen war die sozialistisch-kommunistische Presse bis zum Sieg der Revolution das Symbol einer „Publizistik aus Machtstreben“, nach der gesellschaftlichen Umwälzung: einer „Publizistik aus Machtbesitz“⁴².

Die Neuinterpretation der publizistischen Grundbegriffe durch die Sowjetpresse

Die Rolle der sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften als Organe einer staatlichen Monopolpresse bedingte eine veränderte Funktionsbestimmung der publizistikwissenschaftlichen Grundbegriffe. Dies betraf in erster Linie den Begriff der Aktualität. Da der

³⁸ Zitiert nach: N. Lenin, Agitation und Propaganda. Ein Sammelband (Wien, Berlin 1929) 22 f.

³⁹ J. W. Stalin, Werke, Hrsg. vom Marx-Engels-Institut beim ZK der SED, Bd. 5 (Berlin-Ost 1952) 116.

⁴⁰ Pravda Nr. 99 v. 6. 5. 1923; zitiert nach Stalin, Werke, Bd. 5, 249.

⁴¹ Vgl. hierzu: Milton Shieh, Red China Patterns Controls of Press on Russian Model, in: Journalism Quarterly 28 (1951) 74 ff.

⁴² Vgl. Emil Dovifat, Die totalitäre und die demokratische Publizistik, in: Handbuch der Publizistik, Bd. 1: Allgemeine Publizistik (Berlin 1968) 166.

sowjetischen – ebenso wie später der kommunistischen chinesischen – Presse eine spezifisch ideologisch-politische Aufgabe zugewiesen war, minderte sich die Bedeutung der Informationsfunktion⁴³. Die Bedeutung des Nachrichtenteils in der sozialistischen Presse unterscheidet sich wesentlich von derjenigen in der mit Anspruch auf Seriosität auftretenden westlichen Presse. Wird von dieser als Norm gefordert, erst einen umfassenden Überblick über sämtliche Lebensbereiche und geographischen Bezirke zu gewähren (Grundbegriff der Universalität) und hernach die ohne jegliche bewußte Verzerrung der Wirklichkeit gegebenen Fakten kommentierend in ihre jeweilige politische Tendenz einzuordnen⁴⁴, so geht die Publizistik im totalitären Sozialismus einen entgegengesetzten Weg: der Nachrichtenteil dient hier der Untermauerung einer vorgegebenen politischen Linie, er hat gleichsam keinen eigenständigen Stellenwert. Diese Maxime erlaubt es den Journalisten und Redaktionen, die einlaufenden Meldungen, vor allem aus dem Ausland, nicht nach einem absoluten Informationswert zu klassifizieren, sondern allein entsprechend der Bedeutung für die Aufgaben des jeweiligen Blattes als Organ parteilicher Propaganda und Agitation. Der Leser erhält gleichsam ein gefiltertes Weltbild, „am System der globalen Kommunikation nimmt er nicht teil. Das bleibt dem Funktionärstum vorbehalten, das in seiner Parteilichkeit stark genug ist, äußere Einwirkungen zu absorbieren“⁴⁵. Demgemäß kommt der Nachricht nur akzessorische Bedeutung zu. Die Information stellt lediglich Rohstoff dar, der ideologisch erst aufzubereiten ist.

Aktualität ist nicht nur als unmittelbare Zeitnähe eines Ereignisses zu deuten, „sie ist nicht nur Wirklichkeit schlechthin. Vielmehr bewirkt sie Veränderungen der Wirklichkeit. Das geschieht durch Reaktionen, die ihren Aktionen folgen. Zunächst zwar wirkt sie nur als Berichterstatteerin der sich in der Welt vollziehenden Geschehnisse. Sobald aber der Mensch erfährt, verändert er sich nach dem Grade seiner jeweiligen Beeindruckbarkeit. In Anpassung an die ewig wechselnden Geschehnisse prägt auch die durch eigene Weltanschauung oder im Glauben gefestigte Persönlichkeit selbsttätig sowohl das Bild ihrer Umgebung, wie schließlich das Gesamtbild der Welt in andere, in neue Daseinsformen um.“⁴⁶ Aus der sozialistischen Presse soll eben diese Funktion verbannt bleiben. Dem Leser sind hier Recht und Möglichkeit, durch das Angebot einer vielfältigen Informationsauswahl die Wirklichkeit eigenständig zu interpretieren, entzogen. Berichterstattung wie Meinungsbildung verfolgen in der Presse dieses Typs das Ziel, bereits bestehende Verhaltensmuster zu verfestigen und im Bewußtsein des Lesers die Überzeugung von der Unfehlbarkeit parteilicher Entscheidungen zu verankern. Aktualität als publizistischer Begriff ist somit eine Ermessensfrage.

Zerfällt die Gesamtfunktion der (repräsentativen, primär nicht konsumorientierten) Presse westlicher Länder im wesentlichen in zwei gleichrangig nebeneinander existie-

⁴³ Vgl. auch: Pierre Albert, *La Presse* (Paris 1968) bes. 120.

⁴⁴ Vgl. ebd. 25.

⁴⁵ Pross a. a. O. 222.

⁴⁶ Wilmont Haacke, Vom Wesen der Aktualität, in: *Publizistik* 4 (1959) H. 1, 8.

rende Komponenten – Unterrichtung und Meinungsbildung –, so übernimmt die Presse sozialistischen Typs demgegenüber grundsätzlich nur *eine* übergeordnete Funktion: die Erziehung oder Indoktrinierung. Neben die presse d'opinion und die presse d'information tritt hier die presse doctrinale.

Die Neuinterpretation der publizistischen Begriffe führte zwangsläufig zur Eingrenzung der publizistischen Mittel. In der autoritär konzipierten und gelenkten Presse werden einzelne Techniken als verbindliche Muster und Argumentationsschablonen herausgearbeitet: vorwiegend wirkt sich diese Konzentration auf bestimmte publizistische Modelle auf dem Propagandasektor aus. In dieser Sicht kann die sozialistische Presse als eine Publizistik der Stereotype definiert werden.

Presse und Zensur

Die Presse des totalitären Sozialismus hat seit Lenins Zielsetzungen und Definition nicht mehr den Charakter eines selbständigen publizistischen Organismus gehabt. Sie stand stets im Dienst der „herrschenden Klasse“, d. h. der Führer der proletarischen Partei, die zum kollektiven Sprecher der Intelligenz sowie der Arbeiter- und Bauernschaft geworden war. Wie jede Presse, die zum Werkzeug einer politischen Fraktion umgewandelt worden ist, unterlag sie den gleichen Gefahren, die Marx auch in den „Debatten über die Preßfreiheit“ angesichts der damals drohenden Staatsaufsicht beschworen hatte: „*Demoralisierend* wirkt die *zensierte* Presse. Das potenzierte Laster, die Heuchelei, ist unzertrennlich von ihr, und aus diesem ihrem Grundlaster fließen alle ihre anderen Gebrechen, denen sogar die Anlage zur Tugend fehlt, ihre, selbst ästhetisch betrachtet, ekelhaften Laster der Passivität. Die Regierung hört nur *ihre eigene Stimme*, sie weiß, daß sie nur ihre eigene Stimme hört und fixiert sich dennoch in der Täuschung, die Volksstimme zu hören, und verlangt ebenso vom Volke, daß es sich diese Täuschung fixiere. Das Volk seinerseits versinkt daher teils in politischen Aberglauben, teils in politischen Unglauben, oder, ganz vom Staatsleben abgewendet, wird es *Privatpöbel*.“⁴⁷

⁴⁷ Rheinische Zeitung Nr. 135 v. 15. 5. 1842. Zitiert nach: Marx/Engels, Werke, Bd. 1, 63 f.